

Hohe Geldstrafen für Teilen auf Facebook (2017)

Immer mehr Menschen müssen wegen Kommentare auf Facebook Geldstrafen zahlen, wenn es sich dabei um sogenannte Hasskommentare handelt. Doch das ist für Heiko Maas noch nicht genug. Sogar das Klicken auf „Teilen“ kann hart bestraft werden.

Eine 62-jährigen Frau aus Berlin wurde für „üble Hetze gegen Flüchtlinge im Internet“ zur Zahlung von **1.350 Euro verurteilt**. Außerdem sperrte Facebook ihren Account und ihre Wohnung wurde von der Polizei durchsucht. Angeblich hatte sie nur ein Bild geteilt mit der Frage „Wie finden Sie Flüchtlinge,“.



Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in Deutschland sowieso schon stark eingeschränkt. Auf der „[Rangliste der Pressefreiheit 2016](#)“ belegte **Deutschland nur Platz 16** (*Österreich wenigstens noch Platz 11, Schweiz Platz 7*). Viele Meinungsäußerungen werden in der Bundesrepublik mit harten Strafen belegt. Besonders auf Facebook nimmt die Zensur ein unfassbares Ausmaß an.

Ein Beispiel:

Eine 62-jährigen Frau aus Berlin hatte auf Facebook eine Bild geteilt. Unter dem Bild seien „allerschlimmste Drohungen und Beleidigungen“ von anderen Benutzern zu finden gewesen. Obwohl die Frau selbst keine strafbaren Kommentare hinterlassen hat, muss sie eine Geldstrafe in Höhe von 1.350 Euro bezahlen.

(Damit hat man die Frau für die Kommentare von anderen mithaftbar gemacht!) Die Angeklagte verteidigte sich mit den Argumenten, den betreffenden Post nicht richtig gelesen und wohl nicht ausreichend nachgedacht zu habe. Das interessierte die vorsitzende Richterin aber leider überhaupt nicht. Die Richterin des Amtsgerichts Tiergarten verwies darauf, dass das Bild „gar nicht lustig“ gewesen sei.

Die deutsche Bundesregierung und ihr Justizminister sind für eine weitere Verschärfung der Zensurgesetze (*besonders Facebook, Twitter, Google+, YouTube und WhatsApp stehen in Beobachtung der deutschen Moderatoren*). Der Bundestag hat beschlossen, dass Internet-Konzerne härter gegen Hass und Hetze vorgehen müssen.

In Essen werden ab Herbst 2017 weitere 500 Moderatoren die von Nutzern gemeldeten Facebookinhalte prüfen. 1.200 sollen es dann insgesamt in Deutschland sein. Am ersten Standort in Berlin wird schon jetzt die Zahl der Mitarbeiter der [Bertelsmann-Dienstleistungsfirma Arvato](#), die für Facebook im Einsatz sind, von 650 auf 700 erhöht.

Nicht nur Lokalzeitungen, Bürgerrechtsorganisationen und Wirtschaftsverbänden, sondern auch der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit, David Kaye sieht am Netzwerkdurchsetzungsgesetz eine große Gefährdung für die Meinungsfreiheit und Privatsphäre in Deutschland. *Vieles erinnert nun an Zeiten in denen Zensur alltäglich war.*

